

SHORT NEWS

Nouveau forum : haro sur le référendum !

(lc) - La couverture du dernier numéro du magazine forum donne le ton : cette fois-ci, c'est au collectif « Richtung 22 » qu'a été confié le soin de fabriquer la « une ». Une organisation dont les positions sceptiques sur la façon dont le gouvernement envisage sa grande consultation consultative du peuple ne sont pas un secret. Dans l'introduction au dossier, le journaliste du forum Laurent Schmit retrace l'histoire d'un référendum qui aurait dû engager un grand débat populaire, mais qui en fin de compte est devenu plutôt un alibi pour ne pas poser les questions qui fâchent - tout en critiquant le CSV dont les positions varient selon l'interlocuteur. Le dossier revient sur les points essentiels du référendum - droit de vote pour les étrangers et pour les plus de 16 ans, limitation des mandats - ainsi que sur ce qui se cache derrière : la réforme de la Constitution. L'édition et la première partie du numéro enchaînent sur les débats qui ont animé le pays ces dernières semaines : le rapport Artuso et les attentats à Paris. Finalement, la partie culturelle est consacrée à la cinéaste autrichienne Jessica Hausner, avec un article et une interview.

Der skeptische Radpistenbauer

(rg) - In unserer Vorberichterstattung zur Abstimmung des Gesetzesprojektes zum Ausbau und zur Modernisierung des Luxemburger Radwegenetzes (woxx 1307) unterstellten wir dem ehemaligen Minister Robert Goebbels (LSAP) eine gewisse Aktionslosigkeit. Das ist insofern unzutreffend, als er (und nicht die Transportministerin Mady Delvaux) der Initiator des Vorgängergesetzes war, welches er „gegen den Widerstand des damaligen Budgetministers“ (Luc Frieden, CSV) durch die Regierung gebracht hatte und zu mehreren hundert Kilometern Radpisten geführt hat, wie der ehemalige Minister und EU-Abgeordnete der woxx jetzt geschrieben hat. Tatsächlich fällt der Bau von Radpisten in den Kompetenzbereich des Bautenministers, der - anders als in der aktuellen Legislaturperiode - Ende der 1990er Jahre nicht auch gleichzeitig für das Transportministerium verantwortlich zeichnete. Goebbels unterstützt auch die neue Gesetzesinitiative, bleibt aber bei seiner schon damals formulierten Skepsis, das Fahrrad könne kein Hauptträger der Mobilität werden. Er lasse sich allerdings gerne belehren, so Goebbels weiter und warte „mit Spannung auf den Tag, wo die Mehrheit der 180.000 Grenzgänger angeradelt kommt“. Das freilich ist ein Wunsch, den nicht einmal der aktuelle grüne Infrastrukturminister hegt, da es ja um die Fahrten unterhalb der sechs Kilometer-Grenze geht, die es gilt „sanft“ zu absolvieren. Die wenigsten Frontaliers dürften von diesem Kriterium betroffen sein.

Commune d'Esch-sur-Alzette : Chaos Reigns !

(lc) - Difficile d'y voir clair. D'abord, la délégation des fonctionnaires de la deuxième ville du pays démissionne collectivement - la majorité étant composée de délégué-e-s de la FGFC (le syndicat du personnel communal), une personne seulement étant affiliée à l'OGBL - en évoquant une situation intenable : népotisme, traitement inégal des fonctionnaires et avantages consentis à certains plus égaux que d'autres empoisonneraient tellement l'atmosphère qu'une démission aurait été la seule issue possible. Le collège échevinal a riposté en règle, réfutant les allégations de la délégation et se disant ouvert au dialogue. Entre-temps, les pontifes syndicaux se sont mêlés à l'histoire et, là aussi, c'est la contradiction permanente. Tandis que la CGFP a exprimé sa solidarité totale avec les fonctionnaires délégués eschois, l'OGBL, dans une situation minoritaire certes inhabituelle pour le mastodonte syndical, s'est positionné aux côtés du collège échevinal. Tout en rappelant que son délégué n'aurait pas été informé ni à temps, ni complètement de ce qui se tramait au sein de la FGFC, l'OGBL préconise de trouver des solutions pragmatiques et dénonce la démission collective comme contre-productive. Avec tous ces imbroglios, il y a du moins clarté sur une chose : la crédibilité politique des responsables communaux et des syndicats. Bon travail !

AKTUELL

CONGÉ PARENTAL

Familienministerin auf dem Vormarsch

Nicolas Wildschutz

Im Koalitionsvertrag hatte die neue Regierung eine Reform des „congé parental“ angekündigt. Damit diese reibungslos abläuft, wurde der TNS Ilres beauftragt, eine Umfrage durchzuführen. Die Ergebnisse können auf dessen Internetseite eingesehen werden.

Drei Fragen galt es mit der Umfrage zu klären: 1. Wissen die Leute überhaupt von diesem „congé parental“ und, falls ja, ist ihnen klar, wie er zu beantragen ist. 2. Aus welchen Gründen haben sie sich für oder aber gegen einen Antrag entschieden. 3. Wie müsste die Reform des congé aussehen, um ihn attraktiver zu machen. Befragt wurden 1019 Bürger aus Luxemburg und 216 Pendler, die schon ein Kind haben oder eines planen. Das Resultat ist wenig überraschend. Die meisten fühlen sich über den „congé parental“ recht gut informiert, bei den ausländischen Mitbürgern sieht es allerdings anders aus.

Auf die Frage, aus welchem Grund der „congé parental“ beantragt wurde, gaben rund 78% an, dass sie sich von dem Urlaub eine bessere Beziehung zu ihrem Kind versprechen. Sogar 87% nannten die Eltern-Kind-Beziehung als Grund, ihn beim nächsten Kind beantragen zu wollen. Für viele Eltern allerdings kommt der „congé“ nicht in Frage. Der Großteil dieser Gruppe, 44 Prozent, führte finanzielle Gründe an: Der Elternurlaub bedeute eine erhebliche Verringerung des Familieneinkommens, das könnten sie sich nicht leisten. Diese Begründung ist vor allem bei relativ gutgestellten Familien anzutreffen, die laufende Kredite abzahlen müssen. Bei 15 Prozent haben erstaunlicherweise die Arbeitgeber nicht mitgespielt. Dies wurde in der Pressekonferenz heruntergespielt, doch sollte hier auf jeden Fall noch nachgebessert werden, damit das nicht mehr vorkommen kann.

Fast alle sind sich einig darüber, was die Reform bieten sollte. Einerseits müsste der „congé parental“ flexibler gestaltet werden, andererseits sei eine Erhöhung der Geldkompensation erforderlich. Die UEL, also die Vorzeigepattform der Arbeitgeber, sei bei alledem sehr kooperativ. Vor allem jüngere Arbeitgeber hätten volles Verständnis für die kommende Reform. Die Familienministerin führt derzeit

Gespräche mit verschiedenen Akteuren zu dem Gesetz.

Corinne Cahen kündigte an, dass es in Zukunft wohl möglich sein wird, einen kürzeren, nämlich vier oder sogar nur zwei Monate dauernden „congé parental“ zu gleichem Entgelt zu beantragen. Die Gewerkschaften kritisieren, dass dies manche Arbeitgeber veranlassen könnte, Druck auf den Antragsteller auszuüben, damit er die kürzere Variante wählt. Cahen wies diese Bedenken jedoch zurück und wies darauf hin, dass eine Vollzeit-Beurlaubung nicht abgelehnt werden kann. Dass Arbeitgeber betriebsinterne Druckmittel haben, scheint sie zu



FOTO: WIKIMEDIA / KENNY LOUIE

vergessen. Schließlich hatten 13% der Befragten erklärt, dass sie den „congé“ nicht genommen haben, weil ihr Chef ihnen mit negativen Auswirkungen auf ihre Karriere gedroht habe.

Problematisch ist die Gesetzgebung auch immer noch beim Punkt „Konkurse während des congé“, da der Empfänger in einem solchen Fall das erhaltene Geld zurückzahlen muss. Corinne Cahen versichert hier, dass dies inoffiziell ganz anders gehandhabt wird. Unklar ist die Rechtslage auch bei Personen, die verschiedene Arbeitgeber haben, wie zum Beispiel Putzfrauen. Hier sieht das Gesetz bisher auch nichts vor, da die bestehende Regelung besagt, dass man mindestens Halbzeit bei einem Arbeitgeber arbeiten muss, um den „congé parental“ beanspruchen zu können. Beide Gesetzeslücken sollen durch die Reform beseitigt werden. Im Übrigen fordern die Gewerkschaften ein Entgelt in Höhe des Mindestlohns. Die Familienministerin will sich auf jeden Fall mit dem Problem des staatlichen Unterstützungsbeitrags befassen. Wie hoch dieser ausfallen werde, steht allerdings noch in den Sternen.